



Berlin-Brief Nr. 363

Neuigkeiten aus der Sitzungswoche
von Josip Juratovic MdB

27. September 2024



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

mit viel „Rumms“ – wie die Bild es bezeichnen würde – endete nun die zweite Sitzungswoche nach der Sommerpause. Ein Wahlsieg der brandenburgischen SPD am vergangenen Sonntag, historisch schlechte Wahlergebnisse für die CDU, der erste

Landtag, in dem die rechtsextreme AfD eine Sperrminorität innehaben wird, während mehrere etablierte Parteien auf Bundesebene den Einzug in den Landtag verpassen: FDP, Linke und die Grünen. Bei Letzteren dann am Mittwoch der geschlossene Rücktritt des Bundesparteiorgans. Eine politische Dynamik ist nicht zu leugnen.

Arbeit und Soziales

In erster Lesung wurde heute das Rentenpaket II beraten. Wir sorgen für ein stabiles Rentenniveau und gewährleisten so, dass die Renten weiterhin im Einklang mit den Löhnen steigen können. Dazu schreiben wir das Rentenniveau – also das Verhältnis von Renten und Löhnen – langfristig bei mindestens 48 Prozent fest. Für uns ist das eine Frage des Respekts vor der Lebensleistung vieler Millionen Menschen. Beides kommt den Rentner*innen in Deutschland zugute, aber auch den Menschen, die aktuell im Berufsleben stehen. Denn ihre künftigen Altersbezüge werden dank der Reform nicht unter das Niveau von 48 Prozent sinken. Die gesetzliche Rente ist und bleibt die wichtigste Einkommensquelle im Alter – und wir sorgen dafür, dass sie weiterhin sicher ist.

Mehr Netto vom Brutto: Der steuerliche Grundfreibetrag zur Existenzsicherung wird 2024 bis 2026 stetig erhöht auf 11.784€, 12.084€ und schließlich auf 12.336€. Auch der steuerliche Kinderfreibetrag wird stetig erhöht: 2024 auf 6.612€, 2025 auf 6.672€ und ab 2026 auf 6.828€. Zeitgleich steigt jährlich das Kindergeld pro Monat sowie der Sofortzuschlag für von Armut betroffene Kinder und Jugendliche.

Existenzsicherung von verheirateten Frauen: der überproportional hohe Lohnsteuerabzug in der Steuerklasse V betrifft mehrheitlich verheiratete Frauen mit niedrigerem Einkommen als ihr Ehemann. Diese Ungerechtigkeit gehen wir an: Wir überführen die Steuerklassen III und V ab dem 1. Januar 2030 in die Steuerklasse IV mit Faktor. Das bedeutet: mehr monatliches Netto für eine eigenständige Existenzsicherung und geförderte Erwerbsteilhabe von Frauen.

Das vierte Bürokratieentlastungsgesetz ist beschlossen

Wir können alle ein Lied davon singen und wir haben alle eine Geschichte zu den bürokratischen Strukturen in unserem Land. Die Koalition ist angetreten, um die Bürokratie abzubauen, denn verschlankte und schnellere Prozesse entlasten Bürger*innen, Unternehmen und Verwaltungen. Nun folgt das vierte Bürokratieentlastungsgesetz: Das umfangreichste Maßnahmenbündel zum Bürokratieabbau bringen wir nun auf den Weg – darunter verkürzen wir die Aufbewahrungsfrist für Buchungsbelege auf nur noch 8 Jahre. Darüber hinaus entfallen zukünftig Hotelmeldescheine für deutsche Staatsangehörige. Auch ist zukünftig keine händische Unterschrift mehr nötig, für die bisher ein Dokument erst ausgedruckt, unterschrieben und dann eingescannt wurde, sondern es reichen künftig einfache E-Mails.

Erweiterung des Tierschutzgesetzes

Vor mehr als 20 Jahren Tierschutz als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen, wurde diese Woche der neue Entwurf der Bundesregierung besprochen, der gleich mehrere Bereiche des Tierschutzes adressiert.

Erstens, Haustiere: die verbotene Qualzucht von Haustieren wird um weitere Symptome von Qualzucht ergänzt. Diese sind unter anderem Blindheit, Taubheit oder Atemnot. Das Züchten gesunder Tiere bleibt erlaubt, es geht nicht um das pauschale Verbot von bestimmten Rassen. Auf Online-Plattformen dürfen Tiere, die Merkmale von Qualzucht aufweisen, nicht mehr zum Kauf angeboten werden. Zudem müssen Anbieter*innen ihre Daten bei der Online-Plattform hinterlegen.

Zweitens, Nutztiere: Im Nutztierbereich wird grundsätzlich verboten, Tiere in der Tierhaltung anzubinden. Dadurch sollen Erkrankungen und Verletzungen vermieden

werden, die bei den Tieren durch eingeschränkte Bewegung entstehen. Den Halter*innen von Rindern soll jedoch ausreichend Zeit für den Stallumbau gegeben werden. Für das sogenannte Ausbrennen von Hörnern bei Kälbern ist künftig eine Betäubung notwendig. Damit sich Behörden ein besseres Bild davon machen können, was in Schlachthöfen passiert, wird künftig eine Videoaufzeichnungen verpflichtend.

Drittens, Zirkustiere: die Haltung bestimmter Wildtierarten in reisenden Zirkussen – wie Elefanten, Affen oder Flusspferde – soll verboten werden, da ihre tierwohlgerechte Versorgung und Haltung während der Reisen in der Regel nicht gewährleistet werden können. Kein Zirkus muss seine Tiere wegen der neu aufgenommenen Regelung abgeben, aber die Neuanschaffung wird nicht mehr möglich sein.

Außerdem sollen die Strafen gegen die (versuchte) Tötung erheblich erhöht werden, um die Straftaten angemessen zu ahnden. Und: das Amt eines*einer Bundesbeauftragten für Tierschutz wird jetzt auch auf gesetzlicher Ebene verankert.

Nächste Woche werde ich als Teil der deutschen Delegation in der parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg sein. Und: wir feiern zum 34. Mal den Tag der deutschen Einheit. Noch sind wir nicht „zusammengewachsen, was zusammengehört“, noch immer unterscheiden sich Ost und West, Alt und Neu. Auch wenn es hier noch einiges zu tun gibt, dürfen wir auch ruhig positiver auf die bisherigen Erfolge schauen und dabei nach Gemeinsamkeiten und Möglichkeiten suchen. In diesem Sinne wünsche ich Euch und Ihnen eine angenehme Woche und interessante Begegnungen im Wahlkreis.

Ihr/ Euer



Termine

- 27.
SEP** **Gesellenfreisprechung Kreishandwerkerschaft HN-Öhringen**
Harmonie, Heilbronn

- 30.–
04.
SEP–
OKT** **Parlamentarische Versammlung des Europarats**
Straßburg

03.
OKT

Tag der deutschen Einheit
Gesamtdeutschland

03.
OKT

Theaterstück "Fritz Bauer – Der Ankläger"
Bildungscampus, Heilbronn

07.–
11.
OKT

Sitzungswoche im Deutschen Bundestag
Berlin, Bundestag

Bild der Woche





"Als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales habe ich am Mittwoch mit abgestimmt – gemeinsam mit unserem AG-Vorsitzenden Martin Rosemann. Der Ausschuss bearbeitet zentrale Themen wie Mindestlohn, Rentenpolitik und die Weiterentwicklung des Sozialstaates. Als ehemaliger Fließbandarbeiter ist mir besonders wichtig, dass wir die Anliegen der Beschäftigten direkt in die parlamentarische Arbeit einfließen lassen. Denn nur mit fairen Löhnen, sicheren Arbeitsbedingungen und sozialer Absicherung schaffen wir die Rahmenbedingungen für ein gutes Leben."



Impressum:

Josip Juratovic MdB – Bürgerbüro
Untere Neckarstraße 50
74072 Heilbronn
Tel.: 07131 / 598 72 27
josip.juratovic.wk@bundestag.de

Du möchtest keinen Berlin Brief mehr erhalten?

Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.